

Horst Thum, *Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Von den Anfängen 1916 bis zum Mitbestimmungsgesetz 1976*, Bund Verlag, Köln 1991, 193 S., kart., 19,80 DM.

Daß die Erfolge der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende maßgeblich auf die »konsensuale Struktur« der Tarifbeziehungen zurückzuführen sind, ist eine seit langem verbreitete Überzeugung im In- und Ausland. Generell dürfte diese Einschätzung, die vor allem die deutsche Besonderheit der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Blickfeld hat, kaum in Zweifel zu ziehen sein. Allerdings zeigt der vorliegende historische Überblick, wie konfliktbeladen der Entwicklungsprozeß war und wie umstritten die Institution der wirtschaftlichen Mitbestimmung bis heute geblieben ist. Als Einführung für den interessierten Laien, vor allem aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, gedacht, zielt das vorliegende Studienbuch darauf ab, das Verständnis für die bestehende Organisation der wirtschaftlichen Mitbestimmung und deren Aufgabenbereiche zu vertiefen. Eine treffliche Dokumentenauswahl vervollständigt die Darstellung und unterstreicht die Intention des Verfassers, den langen Lernprozeß in der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis offenzulegen. Im Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das 1928 auf dem Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angenommen wurde, schlug sich ohne Zweifel die soziale und wirtschaftliche Krisenerfahrung der Gewerkschaften in den 1920er Jahren nieder, aber auch die Einsicht in die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus. Die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Demokratie wurde neu formuliert und bestimmte als leitende Idee die Strategie und Politik der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie, die 1951 auch gesetzlich verankert werden konnte, verzeichneten die Gewerkschaften ihren größten Erfolg, denn das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 blieb weit hinter den Forderungen der Arbeitnehmerseite zurück. Auch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 stellte allenfalls einen Teilerfolg dar. Zudem brachten die Unternehmer ihre grundsätzliche Abneigung gegen eine gewerkschaftliche Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen mit einer Verfassungsklage zum Ausdruck. Offensichtlich wurde auf dieser Seite der Nutzen der wirtschaftlichen Mitbestimmung als Instrument des sozialen Friedens und der wirtschaftlichen Stabilität nicht besonders hoch veranschlagt. Dagegen müssen die Gewerkschaften bis heute mit dem alten Problem kämpfen, in dem von der freien Marktwirtschaft vorgegebenen Rahmen sozial verträglich handeln zu müssen. Konflikte mit der eigenen Basis sind dadurch vorprogrammiert, und das vorliegende Studienbuch versteht es ausgezeichnet, dieses grundlegende Problem der Gewerkschaftspolitik zu thematisieren.

*Irmgard Steinisch, Toronto*

Peter Lösche/Franz Walter, *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992, 434 S., kart., 59 DM.

Das Buch handelt von den Wandlungen der Sozialdemokratie seit der Weimarer Republik, wobei die beiden Autoren keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die heutige SPD kaum noch etwas mit der namensgleichen Partei der 1920er oder der 1950er Jahre zu tun hat: Aus der proletarisch-sozialistischen Facharbeiterpartei entwickelte sich eine ebenso vielfältige wie unstrukturierte Ansammlung von Organisationsformen, ein verwirrend bunter Flickenteppich von Einstellungen und Verhaltensweisen, eine lose verkoppelte

Anarchie. So lautet jedenfalls die Kernthese von Lösche und Walter, die sie in zahlreichen Abwandlungen wiederholen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten.

Bei ihrer Darstellung der Weimarer Sozialdemokratie bewegen sich die Göttinger Politikwissenschaftler, die zu den besten Kennern der SPD-Geschichte zählen, auf historiographisch bereits gesichertem Boden, wenn sie die gescheiterten Öffnungsversuche der SPD über Klassengrenzen hinweg knapp nachzeichnen und den Prozeß der Ausgrenzung und Selbstisolierung dieser Milieupartei in der politisch-kulturell fragmentierten Gesellschaft der Zwischenkriegszeit analysieren. Die Lagermentalität der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft, ihre Abschottung als freidenkerische Gegenkirche, ihr Organisationskonservatismus und ihr Verbalradikalismus werden treffend charakterisiert, aber nur vorsichtig kritisiert, weil die Realität der Weimarer Klassengesellschaft keine besonders großen Fortschritte auf dem Weg zur Volkspartei möglich gemacht habe. Der Nachkriegssozialdemokratie attestieren die beiden Verfasser bis an das Ende der 1950er Jahre eine erstaunliche Kontinuität im Wandel: Trotz massiver Bevölkerungsverschiebungen und sozialkultureller Umbrüche blieb Schumachers und Ollenhauers SPD im Arbeitermilieu beheimatet und war eine Traditionskompanie, die politisch und programmatisch an Sklerose litt.

Liest man nach diesen mit starken Strichen skizzierten Befunden den sehr viel umfangreicheren Teil des Buches, der sich mit der Geschichte der SPD zwischen dem Godesberger Programmparteitag und der deutschen Vereinigung befaßt, so fragt man sich am Ende der Lektüre ziemlich ratlos, welche SPD nach Meinung der beiden Autoren eigentlich überlebens- und politikfähig ist. Denn ihre Analysen der Organisationsentwicklung, der Zielgruppenarbeit, der Kirchenkontakte und der Großstadtkrisen der SPD in den letzten Jahrzehnten zeichnen ein düsteres Szenario, auch wenn Lösche und Walter immer wieder betonen, die Wirklichkeit der Sozialdemokratie sei komplex und kompliziert, widersprüchlich und unübersichtlich. Inhaltlich und stilistisch sind diese Kernkapitel der Studie wie eine Streitschrift konzipiert, die auch provozieren will. Abwägende Passagen treten in den Hintergrund; die Lust am Polemisieren sowie die pointierte Präsentation des gesammelten Materials beherrschen das Feld.

Vieles von dem, was angesprochen wird, prägt zweifellos den Parteilalltag in der Sozialdemokratie: die Pluralisierung der Mitgliedschaft in der Volkspartei, die Entkoppelung der verschiedenen Organisationsstufen der alten Apparatspartei, die Selbstbezogenheit und Selbstgenügsamkeit der Ortsvereine, die Fragmentierung der regionalen und der zentralen Führungszentren, die Unübersichtlichkeit von innerparteilichen Entscheidungsprozessen. Aber man fragt sich, wie dieser in immer neuen Anläufen beschriebene Mangel an organisatorischer Geschlossenheit behoben werden soll, zumal Lösche und Walter verständlicherweise nicht für das Alternativmodell einer straff geführten Kader- und Kampfpartei votieren. Ihr Ratschlag, »die Funktionen des Fraktionsführers, des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten in einer Person zu vereinigen« und die »Fraktionssprecher in zentralen Politikbereichen zu so etwas wie ›Schattenministern‹ zu machen« (S. 227), ist jedenfalls nicht gerade umstürzend originell.

Am schärfsten, aber auch am scharfsinnigsten spießen die beiden Parteikritiker die Zielgruppenarbeit der SPD in den 1970er und 1980er Jahren auf, wobei sie kein Hehl aus ihrer besonderen Sympathie für die »Schmidt-SPD« machen. Keine der drei großen Arbeitsgemeinschaften findet Gnade vor ihren Augen. Die Geschichte der 1972 gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) wird als erfolgreicher Aufstand von postmaterialistischen Bildungsbürgerinnen gegen im Gewerkschaftsmilieu verankerte Arbeiterfrauen geschildert. In der Tat wandelte sich die AsF zur feministischen Emanzipationsbewegung und löste sich aus der hausbackenen Betulichkeit der traditionellen sozialdemokratischen Frauenpolitik. Daß diese von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen ausgelöste und mitgetragene Entwicklung von persönlichen Rivalitäten und politischen

Turbulenzen begleitet wurde, versteht sich von selbst. Immerhin, darauf weisen die Autoren nur beiläufig hin, stieg der Frauenanteil in der SPD zwischen 1966 und 1989 um fast 10 %, was dokumentiert, daß die von ihnen genüßlich geschilderten Grabenkämpfe nicht die Hauptsache der AsF-Arbeit gewesen sein können.

Auch die seit 1973 bestehende Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen kommt als »Traditionsgruppe ohne Biß« (S. 256) nicht ganz ungeschoren davon, obwohl ihr noch am ehesten der rechte Sinn für Realpolitik und Parteiloyalität bescheinigt wird. Besonders hart gehen die Autoren mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten ins Gericht, deren Entwicklung von einem radikaldemokratischen Verband zu einer weltfremden ideologischen Sekte sie sarkastisch anprangern. Ob der unleugbare Tatbestand, daß sich die Jungsozialisten seit der Mitte der 1970er Jahre immer weiter in Richtung zur politischen Bedeutungslosigkeit bewegt haben, vor allem auf ihr »marxistisches Gezänk« (S. 279) zurückzuführen ist, sei dahingestellt. Jedenfalls verschliefen nicht nur die Jungsozialisten die mit der Ökologieproblematik aufkommenden Themen. Dies betonen auch Lösche und Walter und nennen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Doch wenige Seiten später raten sie, »eine neue kritische Generation« müsse »die Weltsicht des mittleren und führenden Parteiestablishment radikal in Frage stellen« und sich dabei »wieder mehr an Helmut Schmidt ein Vorbild nehmen« (S. 284). Der Weg in die Zukunft führt also zurück, weil die »Partei der Enkel [. . .] den wirklich Jungen nichts zu bieten« habe (S. 283).

Analytischer gehalten sind die Passagen über die Kirchenkontakte der SPD, die ihr Verhältnis zum Katholizismus entkrampfte und sich zugleich von einer freidenkerischen zu einer protestantisch argumentierenden Partei wandelte. Keinen Zweifel an ihrer Position lassen die Autoren aufkommen, wenn sie gegen »ökopazifistische Pfarrer« (S. 335) und gegen das »linkspazifistische Spießertum« (S. 284) zu Felde ziehen und für eine rationale Außenpolitik der SPD plädieren, die sich am republikanischen Patriotismus orientiert. Da der Schwerpunkt der Darstellung dem Binnenleben in der SPD gewidmet ist, klingen derartige politisch-konzeptionelle Leit motive nur leise an; sie sind aber eindeutig: Die SPD muß sich aus ihrem im Kalten Krieg entstandenen europa- und atlantikzentrierten Politikverständnis lösen und die globale Mitverantwortung des vereinten Deutschland akzeptieren.

Diese Botschaft ist relativ konkret. Weniger klar äußern sich die beiden Politikwissenschaftler zur Frage, wie die von ihnen breit und facettenreich beschriebene organisatorische Zerrissenheit der SPD überwunden werden kann und auf welchem programmatischen Fundament der volksparteiliche Pluralismus der Sozialdemokratie gründen soll, dem das »Ethos der Solidargemeinschaft« (S. 237) abhanden gekommen ist. »Mittelfristig und strukturell«, so das Fazit der Autoren, werde die SPD nur dann mehrheitsfähig, »wenn sie sich als sozialreformerische Partei der kleinen Leute und aufstrebenden Schichten, der marktwirtschaftlichen Kreativität und sozialpolitischen Verlässlichkeit, der mutigen Modernisierung und vernünftigen Traditionswahrung« profilieren (S. 385). Solche Formulierungen, die man aus sozialdemokratischen Sonntagsreden kennt, passen eigentlich nicht in ein Buch, das sachkundig und scharfsinnig, aber auch polemisch überzeichnend den Wandel und jetzigen Zustand einer alten Arbeiterpartei behandelt. In unübersichtlichen Zeiten können offensichtlich auch Politikwissenschaftler kein Vademecum für die Zukunft liefern.

*Klaus Schönhoven, Mannheim*